



**Menschen für Tierrechte \* Severinusstr. 52 \* 53909 Zülpich**

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft  
Bundesminister Cem Özdemir  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin  
E-Mails: [cem.oezdemir@bmel.bund.de](mailto:cem.oezdemir@bmel.bund.de), [321@bmel.bund.de](mailto:321@bmel.bund.de)

Berlin, 28.11.2024

### **Aufklärung des Tierschutz-Skandals an der bulgarisch-türkischen Grenze**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Özdemir,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Bender,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dr. Nick,  
sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahrzehnten setzen sich die mitzeichnenden Vereine für ein Verbot von Langstreckentiertransporten, insbesondere in so genannte Tierschutz-Hochrisikostaaen ein. In unzähligen Briefen, Petitionen und Aktionen auf der Straße fordern wir – und mit uns unzählige andere Tierschützer:innen – ein Ende diese tierquälerischen Transporte. Zuletzt legten 150 Jurist:innen in einem [Offenen Brief](#) an Sie, Herr Minister, die rechtlichen Argumente dar, warum ein nationales Verbot des Exports sogenannter Nutztiere in tierschutzrechtliche Hochrisikostaaen nicht nur rechtlich möglich, sondern unbedingt geboten ist.

Die am 26. November 2024 im ZDF ausgestrahlte 37 Grad-Dokumentation „Tiertransporte: Gefangen zwischen den Grenzen“ des bekannten Journalisten und Filmemachers Manfred Karremann belegt ein weiteres Mal auf drastische Weise das unvorstellbare Tierleid und die Brutalität im Umgang mit fühlenden Lebewesen. Das Martyrium, das die 69 trächtigen Kühe und deren Kälber über mehr als vier Wochen an der bulgarisch-türkischen Grenze erleiden mussten und das auf einer türkischen Müllkippe ihr Ende fand, zeigt das ganze Versagen von Behörden und Politik.

Aus unserer Sicht hat die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf, dass jetzt lückenlos und umfassend aufgeklärt wird, wie es zu der Tragödie im bulgarisch-türkischen Grenzgebiet kommen konnte. Nur wenn diese Gründe schonungslos aufgedeckt und veröffentlicht werden, ist es überhaupt möglich zu entscheiden, welche Anpassungen der tierschutzrelevanten Vorschriften (national oder EU-weit) bzw. Änderungen im verwaltungsrechtlichen Zusammenwirken beteiligter Behörden bei grenzüberschreitenden Tiertransporten notwendig sind, um solche unfassbar grauenhaften Tierquälereien in Zukunft zu vermeiden.

Aus Sicht des Tierschutzes stellt eine wirkliche Lösung jedoch nur nationales Verbot von Langstreckentiertransporten und darauf aufbauend ein EU-weites Verbot dieser Tierqualtransporte dar.

In Erwartung Ihrer Antwort, verbleiben wir  
mit freundlichen Grüßen



Christina Ledermann  
Vorsitzende Menschen für Tierrechte e.V.

**Unterzeichnende Organisationen und Ansprechpartnerinnen**

Karsten Plücker  
Vorsitzender Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.

Sandra Barfels  
Geschäftsführerin Bundesverband Tierschutz e.V.

